

<http://www.derwesten.de/incoming/griechenland-hat-die-nazi-zeit-nicht-vergessen-id6029608.html>

BESATZUNGSZEIT

Griechenland hat die Nazi-Zeit nicht vergessen

29.10.2011 | 13:54 Uhr



Bei Protesten zeigt ein Grieche Angela Merkel in einer Nazi-Uniform. Hintergrund ist der Streit um Entschädigungen für die Zeit der deutschen Besatzung

Foto:

Letztes Jahr im März, da haben sie Manolis Glezos die Treppen des Parlaments heruntergetragen, ein zorniger Greis, 89 Jahre alt und das Gesicht schmerzverzerrt vom Tränengas. Er hatte in der ersten Reihe des Protests gestanden, wo auch sonst, da war ja auch schon vor 70 Jahren sein Platz. Eines Nachts im Mai 1941 kletterte er auf die Akropolis und zerriss die Hakenkreuzfahne, die dort wehte, weil Hitlers Wehrmacht gerade das Land besetzt hatte.

Manolis Glezos hat die Nazis gehasst, heute hasst er den Währungsfonds, die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank. Und er ist der bekannteste in einem wachsenden Häuflein Griechen, die von den Nachfahren der Nazis nicht ständig Faulpelze genannt werden wollen – und die Deutschland an offene Rechnungen erinnern.

Und so addierte der zornige alte Mann menschliches Leid, geraubte Güter und abgepresste Besatzungskosten, dann präsentierte er die Rechnung: „Ich schätze“, sagte er kürzlich, „sie schulden uns 162 Milliarden Euro.“ Das war eine überraschende Botschaft für viele Deutsche, aber nicht für alle.

„Die Bundesrepublik hat sich aus der Affäre gezogen“

Der Rechtswissenschaftler Christoph Schminck-Gustavus hat in seiner Bibliothek neben Büchern auch über 40 Stunden Tonbandmaterial. Darauf hat er festgehalten, was Zeitzeugen ihm von den Verbrechen der Wehrmacht und der SS in der Region Epirus erzählten. Seit den 70er-Jahren erforscht der Bremer Professor die Geschichte der Dörfer, die die Deutschen als „Sühnemaßnahme“ für Partisanenangriffe zerstörten. Er sagt: „Die Bundesrepublik hat sich aus der Affäre gezogen.“

Um drei Dinge geht es: um die Entschädigung von NS-Opfern; um die Bestrafung der Täter; und um Reparationen für einen Staat, den die Deutschen zwischen 1941 und 1944 regelrecht plünderten.

Keine Entschädigung für die Märtyrerdörfer

Geld für die Opfer gab es einmal, das war 1960: Damals gestand Bonn 115 Millionen Mark zu. Alle weiteren Ansprüche auf Entschädigung sollten damit aber abgegolten sein – das versprach Griechenland im Gegenzug für etwas deutsche Außenhandelshilfe. Jetzt gab es zwar Geld für jüdische Überlebende. Doch die Familien in den „Martyrerdörfern“ gingen alle leer aus.

Die Bestrafung der Täter unterblieb. „Kein einziger Deutscher ist in der Bundesrepublik für Kriegsverbrechen verurteilt worden, die er in Griechenland begangen hat“, sagt Schminck-Gustavus. Sogar das Verfahren gegen Walter Blume wurde eingestellt. Der Chef der Sicherheitspolizei war für die Juden-Deportation verantwortlich. Bei seiner Vernehmung sagte er: „Diese Maßnahmen müssen an mir vorbeigerauscht sein.“

Deutschland profitierte von einem riesigen Schuldenschnitt

Auch Reparationen sah Athen kaum: Rund 25 Millionen Dollar Sachleistungen gab es kurz nach dem Krieg. Alle weiteren Reparationen wurden auf die Zeit nach einem Friedensvertrag verschoben. Doch im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 übergaben die beiden Deutschlands und die Siegermächte das Thema stillschweigend. Die Alliierten erlaubten Bonn mithin einen Schuldenschnitt, der die heutige Krise weit in den Schatten stellt.

Als „größten Schuldensünder des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet der Wirtschaftshistoriker Albert Ritschl Deutschland, dessen „Wirtschaftswunder“ auf einem gewaltigen Zahlungsausfall basiere. Dennoch treten die Deutschen mit ungetrübttem Selbstbewusstsein auf, und das ärgert viele Griechen. „Frau Merkel mit einem Hakenkreuz zu zeigen, ist für Demonstranten, aber auch für die Presse nicht mehr tabu“, beobachtete Christoph Schminck-Gustavus, als er im Sommer das letzte Mal in Athen war.

Den Haag entscheidet, ob der Damm hält

Hunderttausende Griechen verhungerten im Krieg. Manolis Glezos hat zu viele davon gesehen, denn er arbeitete für das Statistik-Büro des Roten Kreuzes. „Jeden Tag habe ich die Tode von 400 Menschen vermerkt, die am Hunger gestorben sind“, sagt er. So einem unterstellt man nicht, er krame die Erinnerungen nur hervor, weil es jetzt nützlich ist. Tatsächlich hat Glezos schon 1995 Entschädigungsklagen der Opfer von Distomo gegen die Bundesrepublik unterstützt. Griechische Gerichte gaben ihnen Recht, deutsche lehnten ab.

Jetzt liegt die Sache beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Muss Deutschland zahlen, dann ist ein Damm gebrochen, der 62 Jahre hielt. Und dann droht Berlin eine Flut von Klagen – nicht nur aus der Heimat von Manolis Glezos.

Achim Beer